Hansestadt LÜBECK

N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
24. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.10.2025
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:06 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsforder Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Renate Prüß - SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Marek Lengen - SPD	Vertretung für: Frau Sandra Odendahl
Michelle Akyurt - CDU	
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	ab TOP 3.2; 16:24 Uhr
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	ab TOP 3.1; 16:06 Uhr
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nil Gersdorf - CDU	
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD	
Delf Kröger - CDU	
Max Manegold - FDP	
Oscar Meierkord - SPD	Vertretung für: Herrn Wolfgang Baasch
Beiratsmitglieder	
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	
Verwaltung	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Karin Claus - Soziale Sicherung	
Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	
Julia Nowack - 2.500 Soziale Sicherung	
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	
Dr. Julia Schiffner - 2.503 Gesundheitsamt	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	

Gert Wadehn - SeniorInnen-Einrichtungen	
Protokollführung	
Anne Wohlrab -	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sandra Odendahl - SPD	- entschuldigt -
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Wolfgang Baasch - SPD	- entschuldigt -
Beiratsmitglieder	
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen	- entschuldigt -
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	- entschuldigt -
Verwaltung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	- entschuldigt -

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.09.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelles aus dem Bereich Soziale Sicherung	
3.2	Antwort zur Anfrage von Dr. Axel Flasbarth zum Sachstand Heiligen-Geist-Hospital (HGH)	**VO/2024/13498-01**
3.3	Anfrage AM Andreas Müller zu Wohnungsmarkt der Hansestadt Lübeck	**VO/2025/14600**
3.4	Anfrage AM Andreas Müller, Fehlende Kapazitäten im Frauenhaus in der Hartengrube	**VO/2025/14624**
4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2026	**VO/2025/14306**
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL: Aufnahme von besonders schutzbedürftigen und traumatisierten Kindern aus Gaza und Israel	**VO/2025/14574**
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Herr Oscar Manuel Meierkord mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein."

Frau Akyurt stellt den Antrag TOP 6.1 zu vertagen.
Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.
Der Ausschuss entscheidet einstimmig den Antrag zu vertagen.

Die Vorsitzende erklärt, da bisher keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil vorliegen und im nichtöffentlichen Teil nur die Niederschrift zu verabschieden wäre, dieses bereits unter TOP 2 abzuarbeiten und damit keinen nichtöffentlichen Sitzungsteil zu haben. Sollte im Verlauf der Sitzung dennoch Bedarf an einer nichtöffentlichen Beratung bestehen, kann die Festlegung der Teilnehmenden nachgeholt werden.

Die anwesenden Ausschussmitglieder tragen keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil vor und begrüßen das vorgeschlagene Verfahren.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.09.2025

Es liegen keine Wortmeldungen vor.
Die Vorsitzende lässt über die gesamte Niederschrift abstimmen.
Der Ausschuss entscheidet mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.
Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Aktuelles aus dem Bereich Soziale Sicherung

Herr Dr. Grohmann kommt zur Sitzung (16:06 Uhr).

Frau Claus berichtet von der aktuellen Situation im Team Grundsicherung. Die Bewerberlage auf die ausgeschriebenen Stellen ist gut und man ist weiterhin bemüht, die Lage insgesamt zu verbessern.

Frau Claus berichtet zum Wohngeld, dass hierzu ein umfänglicher Bericht in der Vorbereitung ist, der dem Ausschuss vorgestellt werden wird.

Zum Mietspiegel erläutert sie, dass sich der Zeitplan für die Neuauflage aus Gründen, die die Stadt nicht zu vertreten hat, verschieben wird.

Ferner berichtet sie, dass die Teilhabeplanung vom Gesundheitsamt nun dem Bereich Soziale Sicherung angehört – hier Abteilung 8 – Sozialpädagogischen Eingliederungshilfe.

In eigener Sache erklärt Frau Claus, dass sie die Hansestadt Lübeck verlassen wird und nur noch bis zum 31.12.2025 tätig sein wird.

Zudem berichtet sie, dass für die Abteilung 9 – Schuldnerberatung und Betreuungsbehörde und die Abteilung 5 – Unterkunftsversorgung neue Abteilungen gefunden wurden.

Frau Prüß bedauert außerordentliche den Weggang von Frau Claus und Dankt ihr für ihren Einsatz.

Frau Akyurt erfragt, ob die technischen Probleme im Wohngeld inzwischen behoben wurden. Frau Claus erklärt, dass weiterhin an Lösungen arbeitet und dieses alles im Bericht dargestellt werden wird.

Frau Akyurt erfragt, wie weit das Verfahren mit der Organisationsuntersuchung inzwischen vorangegangen ist. Frau Nowack berichtet, dass die letzten Punkte bearbeitet werden, um die Ausschreibung auf den Weg zu bringen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Antwort zur Anfrage von Dr. Axel Flasbarth zum Sachstand Heiligen-Geist-Hospital (HGH)
Vorlage: VO/2024/13498-01

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Im Anschluss berichtet Herr Uhlig über den Sachstand zum Brandschutzkonzept HGH und gibt hierzu einen Ausblick – auch in Bezug auf mögliche Kosten.
Frau Balke kommt zur Sitzung (16:24 Uhr).

Beschluss:
Anfrage von Dr. Axel Flasbarth zum Sachstand Heiligen-Geist-Hospital (HGH) im Hauptausschuss am 15.10.2024 (TOP 3.1)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Anfrage AM Andreas Müller zu Wohnungsmarkt der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2025/14600

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

1. Welche Vermieter:innen in Lübeck haben über 50 Wohnungen im Bestand?
   1.1. Wie viele Wohnungen umfasst der Bestand der genannten Vermieter:innen?
   1.2. In welchen Stadtteilen befinden sich die Wohnungen? Bitte nach Vermieter:in angeben.

2. Sind der Verwaltung wiederkehrende Probleme mit diesen Vermieter:innen bekannt?
   2.1. Wenn ja, um welche Vermieter:innen handelt es sich?
   2.2. Wenn ja, um welche Probleme handelt es sich?
   2.3. Welche Maßnahmen hat die Hansestadt Lübeck bisher unternommen um die Mieter:innen bei der Lösung der Probleme zu unterstützen?

3. Wie viele leerstehende Wohnungen sind der Verwaltung aktuell bekannt?
   3.1. Welchen Vermieter:innen sind die leerstehenden Wohnungen zuzuordnen?
   3.2. Seit wann stehen diese Wohnungen leer?
   3.3. Welche Gründe gibt es für einen Leerstand, der länger als 6 Monate besteht?
   3.4. Hat die Hansestadt Lübeck etwas unternommen, um Leerstand zu beenden?
      3.4.1. Falls ja, welche Maßnahmen wurden ergriffen?
      3.4.2. Falls nein, warum wurden keine Maßnahmen ergriffen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 Anfrage AM Andreas Müller, Fehlende Kapazitäten im Frauenhaus in der Hartengrube
Vorlage: VO/2025/14624

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Welche Platzkapazitäten werden im Frauenhaus Hartengrube in der Zeit der Umbaumaßnahmen vorgehalten und welche wurden für welchen Zeitraum mit dem zuständigen Ministerium kommuniziert?

Wie lange wird der Umbau voraussichtlich dauern und damit die reguläre Aufnahme von gewaltbetroffenen Personen eingeschränkt sein?

Welche zusätzlichen Kapazitäten werden durch die Umbaumaßnahmen erreicht?

Gibt es Alternativen zur Aufnahme von gewaltbetroffenen Frauen/Familien, die in der Vorplanung für die Zeit des Umbaus eruiert wurden?

Falls ja, welche Alternativen werden mit welchen Kapazitäten vorgehalten?

Falls nein, was hat Alternativformen von Schutzplätzen verhindert?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushalt 2026
Vorlage: VO/2025/14306

Herr Uhlig erläutert anhand einer Power Point Präsentation die Eckdaten zum Haushaltsentwurf 2026.

Herr Blank stellt mit Hilfe einer Power Point Präsentation die Belange des FB 2 in Bezug auf den geplanten Haushalt 2026 dar.
Er stellt in Aussicht, dass der Fragenkatalog 2 der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Mitgliedern noch im Nachgang zur Sitzung zeitnah zur Verfügung gestellt werden wird.

Herr Dr. Lengen erfragt, an welcher Stelle die Kosten für den Umzug in das Gebäude der Deutschen Rentenversicherung (Ziegelstraße) enthalten sind. Herr Blank berichtet, dass diese Kosten erst für 2027 geplant werden.

Herr Müller erfragt, wie der Prozess sein soll, wenn neue Verträge abgeschlossen werden sollen, ob der Tatsache, dass alle Budgetverträge um 10 % gekürzt werden sollen. Herr Uh-

lig führt hierzu aus, dass es ein „weiter so“ nicht mehr geben kann und alles auf dem Prüfstand kommt. Zudem berichtet er, dass eine umfängliche Aufgabenkritik in 2026 kommen wird. Alle Verhandlungen werden im Jahr 2026 zu führen sein, damit dieses im Haushalt 2027 eingebunden werden kann.

Herr Müller-Lornsen erfragt hierzu einen Zeitplan/Projektplan. Herr Uhlig erklärt, dass es diesen Plan noch nicht gibt. Möglicherweise werden auch umfangreiche Ausschreibungen notwendig – das ist nunmehr alles in der Prüfung durch die Verwaltung.

Frau Balke erfragt, ob der Fragenkatalog 2 schriftlich beantwortet wird. Herrn Blank bejaht das.

Frau Akyurt hinterfragt die Kommunikation mit den freien Trägern in Bezug auf die angedachten Kürzungen. Herr Uhlig berichtet.

Herr Müller stellt hierzu fest, dass am Ende der Aufgabenkritik im Ergebnis sein könnte, dass alles bleibt wie es ist, weil die Wahrnehmung der Aufgaben durch die Hansestadt selbst viel teurer wäre. Herr Uhlig betont noch mal, das im Rahmen der Aufgabenkritik alle Aufgaben – freiwillige sowie auch pflichtigen Aufgaben - prüfen wird.

Frau Prüß gibt für die SPD-Fraktion bekannt, dass diese die Kürzungen nicht unterstützt und erwartet hierzu den Bericht im Sommer.

Frau Akyurt beantragt die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

Die Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

Beschluss:

1. Der **Haushaltsplan 2026,** bestehend aus

dem Vorbericht	Anlage 1
je Produkt dem Teilergebnis- und dem Teilfinanzplan	Anlage 2
dem Stellenplan sowie	Anlage 3
dem Beteiligungsbericht	Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrundeliegenden Maßnahmen aus den
städtischen Budgetübersichten Anlage 5
werden wie auch die Durchführungsbestimmungen zur Bewirtschaftung
des Haushalts Anlage 6
und die Übersicht über die Gebühren und Entgelte Anlage 7
zur Kenntnis genommen.

3. Die Konsolidierungsmaßnahmen gemäß Anlage 8
werden beschlossen und der Bürgermeister mit deren Durchführung beauftragt.

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die max. Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.

5. Aufgrund der §§ 77ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom … folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird

1. im Ergebnisplan mit
   einem Gesamtbetrag der Erträge auf 1.192.314.600 EUR
   einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 1.354.745.500 EUR
   einen Jahresüberschuss von
   einen Jahresfehlbetrag von 162.430.900 EUR
2. im Finanzplan mit
   einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 1.162.432.500 EUR
   einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 1.292.723.900 EUR
   einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 123.030.300 EUR
   einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf 160.666.300 EUR

festgesetzt. *(Stand: 29.07.2025)*

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 83.382.700 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 105.320.000 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 495.000.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf 4.450,796

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
   a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 412 %
   b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 575 %
2. Gewerbesteuer 450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt 400.000 EUR**.** Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.
Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2026 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2025 (4367,217 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2026 um die sich aus der Anlage 3 ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026** festgesetzt**: 4450,796 Planstellen.**

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

Der Ausschuss beschließt die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 Fraktion Linke & GAL: Aufnahme von besonders schutzbedürftigen und traumatisierten Kindern aus Gaza und Israel
Vorlage: VO/2025/14574

vertagt

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt:
Bürgermeister Jan Lindenau wird gebeten, sich der Initiative der Städte Kiel, Hannover, Düsseldorf, Leipzig und Bonn anzuschließen, die sich bereit erklärt haben, besonders schutzbedürftige, verletzte oder traumatisierte Kinder aus Gaza und Israel in ihren Städten aufzunehmen und in einem Schreiben an das Bundesinnen- und Bundesaußenministerium dazu aufgefordert haben, die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die humanitäre Initiative zu schaffen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft wurde vertagt.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8 Verschiedenes

Frau Balke erfragt, ob die neuen Sitzungstermine für 2026 schon bekannt sind.

Frau Timmermann erklärt, dass diese bereits versandt wurden.

Frau Akyurt erbittet in der Sitzung einen neuen Sachstand zum „Housing First“. Herr Blank erklärt, dass dieses bereits vorgesehen wurde und Herr Bornmann von der DNNO bereits eingeladen wurde.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Da keine Themen für den nichtöffentlichen Teil zu beraten sind, schließt die Vorsitzende um 17:06 Uhr die Sitzung..

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 23. Oktober 2025

Frau Renate Prüß
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung